

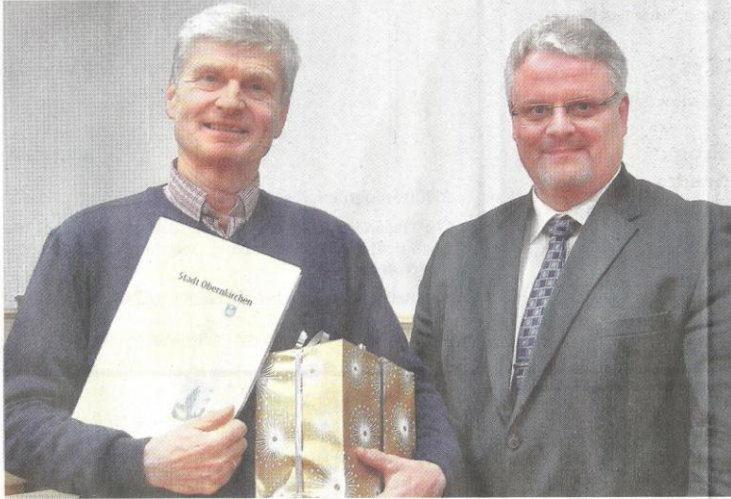
Wie Zahnschmerzen in der Pobacke

Sportler des Jahres: In der Ratssitzung wird Manfred Harmening nachträglich geehrt

VON MICHAEL GRUNDMEIER

Obernkirchen. Nicht die Politik, sondern eine Ehrung stand am Anfang der jüngsten Sitzung des Rats der Stadt Obernkirchen. Manfred Harmening habe gerade im letzten Jahr viele Bestzeiten gelaufen, sagte Bürgermeister Oliver Schäfer. Der in ganz Schaumburg bekannte Sportler habe die Urkunde mehr als verdient.

Manfred Harmening ist ein rüstiger, ein agiler Mann. Den Marathon läuft er in 3 Stunden, 28 Minuten, für 10000 Meter Bahn braucht er etwas über 45 Minuten. Harmening läuft Zeiten, die in seiner Altersklasse zu den besten in Niedersachsen gehören. Es ist also wenig erstaunlich, dass die Stadt den Läufer zu der vergangenen Sportlerehrung eingeladen hatte. Doch Harmening musste absagen – ein Muskel, „den viele Ärzte gar nicht kennen“ machte ihm zu schaffen. „Es hat mir sehr Leid getan, dass ich nicht dabei sein konnte, aber ich hatte große Schmerzen im Po“, erläuterte Harmening den Ratsmitgliedern. Dort, im Po, sitzt der besagte Muskel, der bisher ganz offenbar nur wenigen Ärzten aufgefallen ist. Denn anstatt ihm zu helfen, gab es sogar einen Arzt, der ihm sagte, er solle sich nicht so sehr auf den Schmerz konzentrieren. Harmening kopschüttelnd: „Was soll ich denn machen, wenn der Schmerz da ist?!“ Und der war wirklich heftig,



Manfred Harmening wird im Rahmen der Ratssitzung vom Bürgermeister geehrt.

mig

wie der Sportler in einem anschaulichen Bild ausführte: „Das war ein bisschen wie Zahnschmerzen in der Pobacke“, sagte Harmening. Der Schmerz sei nur schwer zu ertragen gewesen. Inzwischen ist der Mitt-Sechziger wieder gesund und kann auch wieder trainieren. Konkret bedeutet das: Pro Jahr rund 2000 Kilometer und etwa zehn Marathons. „Und wenn ich 70 und in einer neuen Altersklasse bin, werde ich noch einmal so richtig angreifen.“

Ein anderer Programmpunkt war die Beratung über die Neufassung und Neubekanntmachung des digitalen Flächennutzungsplans der Stadt Obernkirchen. Der Plan, so Bürgermeister Schäfer, soll im Internet publik gemacht werden, „damit sich Bürger und Unternehmen die Information aus dem Netz holen können, die sie sonst nur durch komplizierte Anfragen erhalten haben.“

Konkret bedeutet das, dass der Plan digital auswertbar

wird: Der Nutzer kann sich so sämtliche von ihm benötigten Informationen selbst herausuchen. Die Verwaltung begründet das Vorhaben unter anderem damit, dass ein digitaler Plan besser lesbar ist. Der Plan, sei seit seiner Bekanntmachung am 22. August 1979 mehrfach geändert worden – und die Vielzahl der Änderungen habe seine Lesbarkeit immer weiter verschlechtert. Ein zweites Argument für eine Digitalisierung: Eine digitale Fassung kann man aufgrund ihrer Be-

schaffenheit problemlos erweitern. Sämtliche Änderungen und Berichtigungen können also jederzeit eingepflegt werden. Zur Sprache kam auch, dass eine frühere, aus dem Jahr 2000 stammende digitale Fassung, nicht an die aktuellen Bedürfnisse angepasst werden können. Es blieb also nur die 2500 Euro teure Überarbeitung, die ein externes Büro ausführte. In diesem neu gezeichneten Plan sind alle Teil-Änderungen und Berichtigungen aufgeführt, sodass es jetzt einen aktuellen – und komplett digitalen – Gesamtplan des Stadtgebiets gibt. Spätere Änderungen des Planes könnten digital eingepflegt werden – eine optimale Lesbarkeit sei jederzeit gewährleistet. Das sah der Rat genauso und fällte einen einstimmigen Beschluss über die Neufassung und Bekanntmachung des Planes in der Fassung vom 25. Januar 2014. Übrigens: Der komplett digitalisierte Flächennutzungsplan wird künftig über die Seite der Stadt oder des Landkreises abrufbar sein.

Ein weiteres wichtiges Thema, das den Rat länger beschäftigte, war der Versicherungsschutz für Ehrenamtliche in der Betreuung von Flüchtlingen. Andreas Hofmann, Koordinator des Netzwerkes „Obernkirchen hilft“, gab einen kurzen Überblick über die Aufgaben, die in diesem Zusammenhang anfallen. Unter anderem gehe es darum, die Flüchtlinge im Alltag zu unterstützen, sie zum

Arzt zu fahren oder ihnen Sprachunterricht zu geben. Das Netzwerk arbeite mit den zuständigen Stellen des Landkreises, der Stadt und weiterer sozialer Einrichtungen im Kreis zusammen. Gerade erst sei eine Karte der Stadt und der Ortsteile entwickelt worden, die den Flüchtlingen genau aufzeige, wo sich Ärzte oder andere wichtige Institutionen befänden. Hofmann plädierte für einen Versicherungsschutz seitens dem Kommunalen Schadenausgleich Hannover (KSA) und/oder dem Gemeindeunfallversicherungsverband (GUV) gegebenenfalls Dritter. Hofmann wandte sich gegen die Anfertigung einer Tätigkeitsliste, „da könnte manch einer die Lust verlieren.“ Lieber wäre ihm Umformulierung in „Tätigkeitsbericht“. Oliver Schäfer plädierte nach einer kurzen Beratung für „Handreichungen, wie eine qualifizierte Tätigkeitsliste geführt wird, damit der Versicherungsschutz auch wirklich gewährleistet ist.“ So könnten die Ehrenamtlichen sich „voll auf die Sache konzentrieren“ und müssten keine Angst haben, dass der Schutz verfallende. Neben seinem Entschluss zum Versicherungsschutz formulierte der Rat dann eine Resolution, „dass das Land Niedersachsen sich nicht aus der Verpflichtung herausziehen darf, Deutschunterricht für die Flüchtlinge zu fördern.“ Es müsse hauptamtliche Stellen für die Sprachförderung geben.